

Technischer Ausschuss - Ö - vom 29.06.2010
1) TOP Bürger fragen

Seitens der Bürger wurden keine Fragen gestellt.

2) TOP 60-077/10 Stadtwald - Betriebsvollzug 2009

BM Kaiser: Das vergangene Forstwirtschaftsjahr müsse, was das Ergebnis anbelange, als besonderes Jahr angesehen werden. Während die 1980iger/1990iger Jahre durch negative Betriebsergebnisse geprägt gewesen seien, habe man in den letzten 9 Forstwirtschaftsjahren jährliche Gewinne von über 200.000 Euro dem Haushalt zuführen können. Diese jährlichen Gewinne seien mit einer Gewerbesteuererinnahme von 1 Million Euro vergleichbar. Das negative Geschäftsergebnis 2009 habe verschiedene Gründe. Der lange Winter 2008/2009, verbunden mit dem frühen Wintereinbruch 2009/2010 sei ein ganz wesentlicher Grund. Höhere Aufwendungen für Wiederaufforstung, aufwendigere Holzhiebe sowie tarifliche Nachzahlungen seien ebenfalls mit dem negativen Ergebnis verbunden. Durch den frühen Wintereinbruch konnte bereits geschlagenes Holz nicht mehr vermarktet werden. Man sei zuversichtlich, das negative Geschäftsergebnis 2009 im laufenden Haushaltsjahr wieder auszugleichen.

Stadtrat Greiner: Es sei nicht verständlich, wie es dazu kommen könne, dass tarifliche Nachzahlungen für 5 Jahre zu leisten gewesen seien.

Herr Mayer, Forstamt: Die Tarifverhandlungen zwischen dem kommunalen Arbeitgeberverband und der Gewerkschaft seien erst nach fünfjähriger Verhandlungsdauer zum Abschluss gebracht worden. Daraus resultiere die hohe tarifliche Nachzahlung.

Stadtrat Wild: Das 2009 geschlagene und 2010 der Vermarktung zugeführte Holz müsse zwangsläufig zu einer Verbesserung des Geschäftsergebnisses 2010 führen. Interessant wäre zu wissen, wie sich der Holzpreis, bedingt durch die wirtschaftliche Rezession, entwickelt habe.

Stadtrat Kaiser: Er sei skeptisch ob es derzeit wegen des Holzpreises sinnvoll sei, einen Sonderhieb durchzuführen. Gleichzeitig bitte er um Auskunft, ob aktuell noch Außenstände aus Holzverkäufen, konkret im Hinblick auf die Insolvenz einer Firma, bestünden. Weiterhin bitte er um Auskünfte über Maßnahmen zur nachhaltigen Waldwirtschaft, zumal diese Aufwendungen unter Umständen förderfähig seien.

Herr Mayer, Forstamt: Das Insolvenzverfahren einer Firma sei abgeschlossen. Die Forderungen der Stadt seien mit zeitlicher Verzögerung in voller Höhe bedient worden. Festzustellen sei, dass die Liquidität der Firmen insgesamt angespannt sei. Die Nachfrage nach Holz sei aktuell sehr hoch. Man sei deshalb zuversichtlich, die Planzahlen für das Haushaltsjahr 2010 zu überschreiten.

Herr Dr. Dinkelacker, Forstamt: Die wirtschaftliche Rezession habe nur zu einem geringfügigen Rückgang des Holzpreises geführt. Die aktuellen Preise rechtfertigen auf jeden Fall einen Sonderhieb. Zur Frage der ökologischen Waldbewirtschaftung könne er auf die dem Protokoll beigefügten Auswertungen verweisen. Dass ökologische Sondermaßnahmen förderfähig seien, sei bekannt. Dies erfordere jedoch immer einen hohen städtischen Eigenanteil. Es werde deshalb immer versucht im Regelbetrieb diese Maßnahmen durchzuführen. Zu erwähnen sei, dass in den vergangenen 2 Jahren keine Fördermittel bereit gestellt worden seien.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 60-047/10 Baarsporthalle / Generalsanierung - Sachstand

Herr Bunse gibt weitere Erläuterungen zum aktuellen Bautenstand. Zu diskutieren sei der von der Schulleitung und den nutzenden Vereinen vorgetragene Wunsch, den vorhandenen Sporthallenboden vorerst nicht auszutauschen. Aus Sicht der Sportler biete der punktelastische Boden große Vorteile gegenüber der heute angewendeten Technik. Bei einem Bodenaustausch könne wegen entgegenstehender DIN-Vorschriften die bisherige Technik nicht mehr Verwendung finden (auf Nachfrage von Stadtrat Karrer).

Stadtrat Wild: Er bitte zu prüfen, ob im Zuge der Sanierungsarbeiten Bodenhülsen für eine Bande installiert werden können. Dieser Wunsch werde bei Hallenfußballturnieren immer wieder vorgetragen.

OB Frei: Bodenhülsen für die Einrichtung einer Bande könnten nur vorgesehen werden wenn ein neuer Hallenboden verlegt werde. Den bestehenden Hallenboden aufzureißen sei nicht sinnvoll.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

4) TOP 60-086/10 Mehrzweckhalle Wolterdingen - Umbau Probenraum Musikkapelle

OB Frei: Mit den aktuell finanzierten Baukosten für die Halle Wolterdingen in Höhe von rund 100.000 Euro können die anstehenden Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Das Problem mit der Vergrößerung des Proberaumes müsse noch geregelt werden. Die Musikkapelle Wolterdingen betreue derzeit 83 Jugendliche. Die vorhandenen Raumreserven seien für einen ordentlichen Probebetrieb nicht mehr ausreichend.

Stadtrat Müller: Das Vorhaben der Musikkapelle Wolterdingen sei sinnvoll. Problematisch sei allgemein, dass die Nebenräume für den Hallenbetrieb zu gering dimensioniert seien. Neben 55 aktiven Musikern könnten nach Vergrößerung des Proberaumes 15 Jugendliche in die Hauptkapelle übernommen werden.

Stadtrat Durler: Es seien Alternativlösungen untersucht worden. Diese scheiterten allesamt an den erheblichen Baukosten. Dem Angebot der Musikkapelle sollte zugestimmt werden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

5) TOP 60-093/10 Kindertagesstätte Wunderfitz / Erweiterung - Vergabe Estrich

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

Verteiler: 60, 63 zwv
14, 50 zk

6) TOP 60-088/10 Sanierung Abgänge Bahnunterführung / Sachstandsbericht

Die Stadträte Greiner und Wild nehmen wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Bunse: Die Bauabwicklung sei äußerst problematisch. Durch die enge Baustelle sei ein großer Personaleinsatz nicht möglich. Eintretendes Grundwasser behindere die Bauarbeiten ganz massiv. Wegen der früheren planabweichenden Bebauung sei es notwendig geworden, andere bauliche Lösungen zu finden. Da die bauausführende Firma die neu konzipierte Abdichtung nicht zur Ausführung übernommen habe, habe man für dieses Teilgewerk eine neue Firma beauftragen müssen. Das schlechte Wetter im Frühjahr habe zügige Abdichtungsarbeiten unmöglich gemacht. Die Kostenvorteile der Ausschreibung seien zwischenzeitlich aufgebraucht worden. Mit Mehrkosten von voraussichtlich 3 % bis 5 % müsse gerechnet werden.

OB Frei: Man sei sich bewusst, dass die Bevölkerung dringend auf die Wiedereröffnung der Bahnunterführung warte. Die gesamte Baumaßnahme vermittle derzeit kein positives Erscheinungsbild. Man sei bestrebt, so zügig und kostengünstig wie möglich das Vorhaben zu Ende zu bringen. Man könne sich auch fragen, ob die gesamte Baumaßnahme überhaupt notwendig gewesen sei. Die getroffenen Entscheidungen seien zum damaligen Zeitpunkt alternativlos gewesen. Die jetzige Maßnahme wäre früher oder später notwendig geworden. Auch die diskutierte Rampenlösung wäre mit vergleichbaren Schwierigkeiten verbunden gewesen.

Stadtrat Fischer: Noch im Winter wäre es möglich gewesen, eine andere Lösung anzugehen. Beispielsweise hätte der Abgang „Nord“ geschlossen werden können.

Stadtrat Karrer: Der barrierefreie Zugang zur Bahn sei gewünscht und notwendig gewesen. Mit der städtischen Maßnahme sei die Bahn ebenfalls in Zugzwang geraten, die Bahnsteigzugänge barrierefrei auszubilden.

Stadtrat Kaiser: Auch wenn die Öffentlichkeit auf eine baldige Öffnung der Bahnunterführung warte, müsse bei den jetzigen Arbeiten auf eine qualitativ hochwertige Ausführung geachtet werden. Gegenüber den beteiligten Firmen müsse ein zeitlicher Druck aufgebaut werden. Zu den erfolgten Nachtragsaufträgen sollten noch nähere Erläuterungen gegeben werden.

Stadtrat Müller: Wegen der Grundwasserproblematik könnten Erfahrungsberichte bei der Baustelle Rückhaltebecken Wolterdingen eingeholt werden. Auch dort habe man mit ähnlichen Problemen zu kämpfen gehabt.

Herr Bunse: Nach Öffnung der Bahnunterführung müsse im Laufe des Dezembers zum Zeitpunkt der Montage der Aufzüge nochmals eine Sperrung erfolgen. (auf Nachfrage von Stadtrat Karrer). Nachträge im Zuge der Bauabwicklung seien wegen der Abweichung der Bauausführung von der vorliegenden Altplanung sowie durch Änderung in der Statik notwendig geworden. Der TA habe mehrheitlich bei der Grundsatzdebatte auf den Zugang „Nord“ bestanden. Eine Planänderung im Februar 2010 wäre wegen bereits durchgeführter Baumaßnahmen nicht mehr möglich gewesen. Die in Wolterdingen geschilderte Grundwassersituation könne nicht auf die Baustelle bei der Bahnunterführung übertragen werden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 60-080/10 Straßenbeleuchtung - Modernisierung

Herr Bunse gibt ergänzende Erläuterungen zu dem vorgelegten Sachstandsbericht. Im Zusammenhang mit der laufenden Diskussion werden immer wieder neue Produkte angeboten. Vor diesem Hintergrund müsse auch der aktuelle Leserbrief in der Tageszeitung gesehen werden. In der Vergangenheit habe die Stadt sich bei offenen Fragen stets Rat von unabhängigen Sachverständigen eingeholt. Damit sei man am besten gefahren.

OB Frei: Die Modernisierung der Straßenbeleuchtung habe einen sehr hohen Stellenwert. Wenn der Gemeinderat die erforderlichen Mittel bewillige, stehe Donaueschingen mit an der Spitze der Kommunen in Baden-Württemberg. Die Modernisierung der Straßenbeleuchtung mit über 1500 Lichtpunkte stelle einen echten Beitrag zum Klimaschutz dar. Die jährliche Einsparung für Unterhaltungs- und Betriebsaufwendungen könne als Gegenfinanzierung eingestellt werden. Die Möblierung mit neuen Beleuchtungskörpern stelle eine herausragende städtebauliche Aufwertung dar. Sollte der Gemeinderat die notwendigen Finanzmittel in den nächsten zwei bis drei Jahren bereitstellen, wäre dies ein Beleg für die Kraft und den Mut des Gemeinderates, wichtige städtische Maßnahmen konsequent anzugehen.

Stadtrat Greiner: Eine Finanzierung der Gesamtmaßnahme in zwei Jahren sei finanztechnisch äußerst schwierig. Eine Umsetzung in vier oder fünf Jahren wäre ebenfalls noch eine große Leistung.

Stadtrat Kaiser: Man sollte darauf achten, dass die spätere LED-Technik auch an jetzt zu installierenden Beleuchtungskörpern eingesetzt werden könne.

Herr Bunse: Bei den Lampentypen Sera und Toledo sei der LED-Einsatz jetzt bereits möglich. Für den Lampentyp Residenza soll dies in Kürze auch möglich sein.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig, 1 Enthaltung)

8) TOP 60-087/10 Fürstenbergstraße / Erweiterung Nahwärmenetz Brigachschiene GmbH - Information

Herr Bunse stellt die zwei geplanten Maßnahmen vor. Entgegen der Darstellung in der Sitzungsvorlage sei von der Verkehrsbehörde angeregt worden, die Einbahnregelung stadteinwärts vorzusehen.

Stadtrat Fischer: Gegenüber dem Versorgungsträger müsse Druck ausgeübt werden, dass die Bauarbeiten zügig durchgeführt werden. Die Straßensperrung müsse auf ein Mindestmaß reduziert werden. Die Verwaltung müsse darauf drängen, dass in den Bauaufträgen Vertragsstrafen für Fristüberschreitungen vorgesehen werden. Die vorgeschlagene Einbahnregelung stadteinwärts sei kritisch. Der Durchgangsverkehr würde sich in der Innenstadt zurück stauen. Besser wäre es, wenn dieser Verkehr ungehindert stadtauswärts abfließen könne.

Stadtrat Greiner: Es wäre interessant zu wissen, wie sich der Energieanteil auf Restwärme Brauerei und Energiegewinnung über Blockheizkraftwerke darstelle.

Stadtrat Wild: Der weitere Anschluss an das Nahwärmenetz Brigachschiene GmbH sei zu begrüßen. Allerdings müsse man sich schon fragen weshalb dieser Anschluss nicht bereits vor zwei Jahren im Zuge der damaligen Straßenausbauarbeiten durchgeführt worden sei.

Herr Bunse: Der Versorgungsträger könne nur investieren, wenn Abnahmeverträge abgeschlossen seien. Zum Zeitpunkt der Straßenbauarbeiten in der Fürstenbergstraße sei dies noch nicht absehbar gewesen. Seitens der Verwaltung werde man darauf drängen, dass in den Bauverträgen zur Herstellung der Anschlussleitungen Vertragsstrafen aufgenommen werden.

OB Frei: Die Verkehrsführung werde von der Verwaltung nochmals geprüft. Den Gemeinderat werde man bei der nächsten Sitzung entsprechend informieren.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

9) TOP 60-094/10 Druckerhöhungsanlage Grüningen / hydraulische und elektrische Einrichtung - Vergabe

Stadtrat Kaiser nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Bunse: Der Wasserdruck sei in Grüningen seit jeher problematisch gewesen. Durch das Neubaugebiet „Weidenäcker“ sei der Einbau der Druckerhöhungsanlage nunmehr unumgänglich.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

10) TOP 60-089/10 L 181 Ausbau Bruggen - Wolterdingen, Bereich Hubertshofener Straße / Wasserversorgungsleitung - Eilentscheidung Bekanntgabe

Beschluss:

Der Eilentscheidung wird zugestimmt.

(einstimmig)

11) TOP 60-083/10 Aktion "Nette Toilette" / Einführung in Donaueschingen

OB Frei: Das jetzige Vorhaben gehe auf die Beratungen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur zurück. Ein hoher finanzieller Aufwand werde für die Bereitstellung öffentlicher WC-Anlagen betrieben. Das Ergebnis sei, was das Erscheinungsbild der Anlagen anbelange allerdings nicht optimal. Die Überlegung, die Gastronomie mit einzubeziehen, sei aufgegriffen worden. Erste positive Ergebnisse können präsentiert werden. Zwischenzeitlich habe sich auch das „Vivaldi“ zur Teilnahme entschlossen. Der Prozess insgesamt sei jedoch nicht abgeschlossen. Man werde weiter an diesem Thema arbeiten. Auf dem Max-Rieple-Platz habe sich die Situation durch die Installation einer Toilettenanlage im Gebäude Karlstraße 58 deutlich verbessert. Auch können Touristen jederzeit die Toiletteanlagen in den Rathäusern I und II nutzen.

Stadtrat Fischer: Gaststättenbetreiber hätten bisher dieses Angebot auch schon vorgehalten. Zu prüfen wäre, ob eventuell auch Einzelhandelsgeschäfte in die Aktion „Nette Toilette“ einbezogen werden können.

Stadtrat Karrer: Das zusätzliche Angebot „Vivaldi“ beim Hanselbrunnenplatz sei zu begrüßen. Der Verzicht auf die Toilettenanlage beim Busbahnhof sollte nochmals geprüft werden. Die Notwendigkeit für Reisende, die vom Busparkplatz in die Innenstadt kommen, müsse bedacht werden.

Herr Bunse: Die Toilettenanlage beim Busparkplatz müsse einer dringenden Sanierung unterzogen werden. Der Kostenaufwand belaufe sich nach erster Schätzung auf über 100.000 Euro.

OB Frei: Im Zuge der Beratung zur Verbesserung der Haushaltsstruktur habe der Gemeinderat die Schließung der Toilettenanlage beim Busparkplatz beschlossen. Aus seiner Sicht sei ein sechsstelliger Sanierungsaufwand finanziell nicht machbar.

Stadtrat Fischer: Der überwiegende Teil der Gäste, die mit dem Bus in die Stadt kommen, werden beim Parkplatz Cafe Reiter ausgeladen. Er schlage allerdings vor, die Toilettenanlage beim Busparkplatz erst nach Abschluss der Saison zu schließen. In der Zwischenzeit könne das Nutzerverhalten noch genauer beobachtet werden.

Stadtrat Käfer: Aus eigener Anschauung könne er berichten, dass der Busparkplatz von vielen Bussen direkt angefahren werde. Die Fahrtteilnehmer starten dann vom Parkplatz aus in die Stadt. Es sei deshalb sehr wichtig, diese Toilettenanlage weiter zu nutzen.

Stadtrat Greiner: Nachdem nahezu jeder Bus mit einer Bordtoilette ausgestattet sei, sei der Weiterbetrieb der Toilettenanlage beim Busparkplatz nicht mehr zwingend erforderlich. Durch Hinweise im Bereich des Busparkplatzes könne auf die Betriebe, die sich an der Aktion „Nette Toilette“ beteiligen, hingewiesen werden.

OB Frei: Mit der Schließung der Toilette beim Busparkplatz könne man sicherlich noch bis zum Saisonende zuwarten. Ein Hinweisschild auf die Aktion „Nette Toilette“ werde man anbringen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

12) TOP 60-069/10 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung - Einführung gesplittete Abwassergebühr

OB Frei: Nach der Entscheidung des VGH müsse das Thema angegangen werden. Die Erarbeitung der Grundlagen für die gesplittete Abwassergebühr sei mit einem hohen Kostenaufwand verbunden. Bezahlen müsse das wieder letztendlich der Gebührenschuldner. Ziel sei es, ein rechtssicheres Modell relativ kostengünstig und bürokratieminimal zu erarbeiten. Neben der Abwassergebühr müsse auch der Wasserabgabepreis wegen zurückgehender Verbräuche neu kalkuliert werden. Es sei davon auszugehen, dass zum 01.01.2010 die Kalkulation für die gesplittete Abwassergebühr noch nicht abgeschlossen werden könne. Deshalb sei vorgesehen die neuen Gebührensätze rückwirkend in Kraft zu setzen.

Herr Bunse: Die Wahl, nach welchen Modell die gesplittete Gebühr ermittelt werden soll, sei noch nicht getroffen. Der TA werde zu gegebener Zeit unterrichtet.

Herr Schmitt: Unabhängig von der Kalkulation der gesplitteten Abwassergebühr müsse für 2010 die Abwassergebühr nach bisherigem Schema noch kalkuliert werden. Der Grund liege in den zurückgehenden Wasserverbräuchen. Vorhandene Verlustvorträge in Höhe von 1 Mio. Euro müssten in die Kalkulation eingearbeitet werden.

OB Frei: Die Verrechnung von Verlustvorträgen sei in einem Zeitraum von fünf Jahren möglich. Nach Ablauf dieser Frist würden die Verlustvorträge verfallen.

Stadtrat Wild: Die gesplittete Abwassergebühr sei aus seiner Sicht gerechter. Sie biete unter Umständen auch Anreiz dazu, Flächen zu entsiegeln. Die Erfassung notwendiger Daten über eine Selbstauskunft sei seiner Meinung nach äußerst kritisch.

Stadtrat Kaiser: Die Gebührenberechnung mit vorläufigen Bescheiden sei problematisch. Gerade für Hausverwaltungen sei bei Mieterwechsel ein erheblicher Mehrbedarf zu erwarten. Man sollte deshalb versuchen, mit der gesplitteten Abwassergebühr zum 01.01.2011 zu starten. Leider habe man zu viel Zeit verloren, obwohl absehbar gewesen sei, dass die gesplittete Abwassergebühr kommen werde.

OB Frei: Das Urteil des VGH war in dieser Form nicht absehbar. Es gebe auch andere Entscheidungen mehrerer Untergerichte.

Stadtrat Greiner: Eile bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlagen sei nicht sinnvoll. Eine Selbstauskunft bei den Grundstückseigentümern einzuholen sei nicht möglich. Die Grunddaten müssen entweder durch Befliegung oder Daten des Landesvermessungsamtes erhoben werden.

Stadtrat Karrer: Die SPD-Fraktion habe bereits vor langer Zeit beantragt, die gesplittete Abwassergebühr einzuführen. Diese Gebühr zum 01.01.2011 zu ermitteln sei unmöglich. Von der Ermittlung der Grunddaten über eine Selbstauskunft sollte man absehen.

Herr Schmitt: Auch eine frühere Einführung der gesplitteten Abwassergebühr würde aller Voraussicht nach die heutigen Probleme nicht lösen. Man hätte, wie andere Städte auch, bei der gesplitteten Abwassergebühr mit umfassenden Pauschalierungen gearbeitet. Diese seien vom VGH in der aktuellen Rechtsprechung jedoch nicht anerkannt worden. Die Neuerfassung wäre, auch wenn eine frühere Kalkulation vorgelegen hätte, notwendig. Die Alternative zum Erlass eines vorläufigen Bescheides wäre, die Abwassergebühr über Vorausleistungen zu erheben und die endgültige Abrechnung zu verschieben. Dies sei

kritisch zu bewerten. Die Umsetzung der Kalkulation zur gesplitteten Abwassergebühr zum 01.01.2011 sei kaum machbar. Falls man die Flächenbewertungen durch Befliegen vornehmen wolle, müsse man bis zum Herbst/Winter abwarten. Wegen der Einsicht auf die Grundstücke müssten die Bäume ohne Laub sein.

Beschluss:

1. Der Technische Ausschuss beauftragt die Verwaltung, die Umstellung der Abwassergebührenbemessung auf den gesplitteten Maßstab vorzubereiten.

(einstimmig)

2. Die Erfassung der Grunddaten soll nicht über eine Selbstauskunft erfolgen.

(einstimmig)

13) TOP 60-045/10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) Biogasanlage Weiherhof - 2. Zustimmungsbeschluss

Herr Bunse gibt ergänzende Erläuterungen zur Sitzungsvorlage.

Beschluss:

1. Dem vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan Biogasanlage Weiherhof wird zugestimmt. (2. Offenlegungsbeschluss).

(einstimmig)

2. Das Verfahren wird nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) fortgeführt.

(einstimmig)

14) TOP 60-096/10 Hallenbergstraße / Bregquerung - außerplanmäßige Ausgabe

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

Verteiler: 60, 63 zwv
14, 20, OV Wolterdingen zk

15) TOP 63-005/10 Baugebiet "Weidenäcker", Grüningen - Ablösung Erschließungsbeitrag und Kostenerstattungsbetrag Naturschutz

Herr Bea: Die Erschließungsarbeiten seien soweit fortgeschritten, dass erste Bauplätze veräußert werden können. Um die Beitragsansprüche und den Kostenerstattungsbetrag Naturschutz geltend machen zu können müssen die Ablösungsmesszahlen beschlossen werden. Der Erschließungsaufwand, der auf die erschlossenen Grundstücke zu verteilen sei, betrage rund 650.000 Euro. Der Kostenerstattungsbetrag liege bei rund 75.000 Euro.

Stadtrat Kaiser: Das Abrechnungsgebiet erstrecke sich über das gesamte Baugebiet. Eine abschließende Aussage über später anfallende Baukosten können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden. Es bestehe deshalb die Gefahr, dass bei einer Abweichung der jetzigen Kostenschätzung Einnahmeverluste für die Stadt auftreten könnten.

Herr Bea: Die Beitragsmesszahl müsse in regelmäßigen Abständen überprüft und an eventuelle Veränderungen angepasst werden. Sollten beim nächsten Bauabschnitt gravierende Abweichungen bei den Baukosten bestehen, müsse die Beitragsmesszahl neu berechnet werden.

Beschluss: Dem Beschluss der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

16) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

1.)

Stadtrat Karrer: Das direkte Umfeld der Lehrerakademie werde mittlerweile zu einem großen Ärgernis. Die Außenanlagen werden nicht mehr gepflegt, das gesamte Gelände verwildere zusehens. Das Land sollte auf diese Missstände hingewiesen werden. Auf dem Verhandlungswege könne eventuell erreicht werden, dass die Parkplätze wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Als Gegenleistung könnte die Stadt die Grundstückspflege übernehmen.

OB Frei: Diese Verhandlungen seien bereits geführt worden. Allerdings sei das Land aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht bereit, gemeinsame Regelungen zu vereinbaren. Der Ausschreibungszeitraum zum Verkauf des gesamten Areals ende demnächst. Man hoffe, dass dabei attraktive Lösungen für die Stadt kommen.

2.)

Stadtrat Karrer: Bei dem Fußgängerüberweg in der Fürstenbergstraße bestehe ein erhebliches Gefährdungspotential. Passanten auf dem Fußgängerüberweg werden immer wieder durch zu schnell fahrende Autos gefährdet. Man sollte nach verkehrsgerechten Lösungen suchen. Notfalls würde sich sogar eine Bedarfsampel anbieten.

BM Kaiser: Eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h sei in diesem Bereich nicht machbar. Der Bau einer Mittelinsel wäre das einzige probate Mittel zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Für diesen Fall müssten Haushaltsmittel für Planung und Bauausführung im Haushaltsplan 2011 veranschlagt werden. Eine Ampelregelung sei wegen der zu geringen Zahl an Fußgängerquerungen nicht möglich.

OB Frei: Die Forderung, eine stationäre Radaranlage an dieser Stelle zu errichten, sei ebenfalls bereits vorgetragen worden. Bei verdeckt durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen sei allerdings nur eine minimale Übertretungsquote festgestellt worden.

Einen Arbeitsauftrag für die Verwaltung zur Prüfung möglicher Lösungsansätze müsse durch den Technischen Ausschuss beschlossen werden.

Beschluss:

Der Antrag von Stadtrat Karrer für einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung wird bei Stimmengleichheit abgelehnt.

(4 Ja, 4 Nein)

3.)

Stadtrat Karrer: Die Public Viewing Veranstaltungen zur Fußballweltmeisterschaft seien mit nachhaltigen negativen Begleiterscheinungen zu Lasten der Bewohner in der Innenstadt verbunden. Gestalterisch seien die Aufbauten im Bereich des Platzes am Hanselbrunnen mehr als dürftig. Fehlende Toiletten seien Ursache für massive Nachbarproteste. Für den Fall, dass künftig wieder ähnliche Veranstaltungen geplant seien, müsse dem Rechnung getragen werden. Vom Umfeld her wäre es sicherlich besser, derartige Veranstaltungen auf dem Festplatz „Gerbewies“ durchzuführen.

OB Frei: Im Vorfeld sei mit den gastronomischen Betrieben beim Hanselbrunnenplatz vereinbart worden, dass die Gäste deren Toilette benutzen können. Sollten ähnliche

Veranstaltungen zukünftig wieder geplant werden, werde man das Thema zusätzliche Toiletten in die Prüfung einbeziehen.

4.)

Stadtrat Müller: Er bitte um Auskunft zu Informationen, wonach Ausbaupläne bei der Garnison in Donaueschingen gestrichen worden seien, da eine Verlagerung nach Immendingen erfolge.

OB Frei: Die geschilderten Veröffentlichungen seien nicht zutreffend. Vom Standort Donaueschingen werden keine Soldaten abgezogen. Im Zuge der Strukturreform werden zwei Kompanien der Standorte Stetten a.k.M. und Meßkirch verlegt. Diese sollen nach Immendingen verlagert werden. Dies wäre ein Ausgleich dafür, dass Immendingen 40 % der Dienstposten verliere. Immendingen habe dann 1600 deutsche Militärangehörige, Donaueschingen 900 deutsche und 1000 französische Militärangehörige. Der Stand in Donaueschingen bleibe damit unverändert. Im Planungszeitraum sollen Investitionen von 28 Mio. Euro in Donaueschingen getätigt werden.